

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäften und Kiosks 10 Pfennig im Monat, bei Zustellung durch die Post 12 Pfennig. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Abdruckpreis: die 8spaltige Kolumne 30 Goldpfennig, die 2spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die 3spaltige Kolumne 15 Goldpfennig. Nachdruckgebühren 30 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 37 - 83. Jahrgang.

Titel-Nr.: „Sachsenzeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postfach: Dresden 2610

Mittwoch 13. Februar 1924

Poincare grundlätzlich zur Aufgabe der Ruhrbesetzung bereit?

Die Alliierten sollen Bürgschaft für die deutschen Zahlungen leisten.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
London, 12. Febr. „Times“ und „Daily Telegraph“ beschäftigen sich mit den Ausichten der englisch-französischen Verhandlungen. Im Mittelpunkt steht die Frage der Umwidmung der Ruhrbesetzung. „Daily Telegraph“ behauptet, daß Poincaré jetzt grundlätzlich geneigt sei, Ruhrbesetzung aufzugeben, wenn ihm feste finanzielle Sicherungen für die deutschen Reparationsleistungen von Deutschland und den Alliierten geboten würden und ein Entgegenkommen Englands in der Sicherungsfrage in Aussicht gestellt würde.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 12. Febr. Der Auswärtige Ausschub des Reichstages ist auf Montag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr zur Besprechung der außenpolitischen Lage einberufen worden. Insbesondere soll über die Rhein- und Ruhrfrage verhandelt werden, wozu wiederum die Abgeordneten aus dem Westen hinzugezogen werden.

Die deutsche Polizei in der Pfalz beherrscht die Lage.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Frankfurt a. M., 12. Febr. In allen pfälzischen Städten ist die deutsche Polizei wieder bewaffnet und dadurch in die Lage versetzt, für Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit Sorge zu tragen.

Allgemeiner Konflikt in der Werftindustrie.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Kiel, 12. Febr. Hier besteht die Ansicht, daß die Ausperrung der Arbeiter auf der Germania-Werft der Anfang zu einem allgemeinen Konflikt in der Werftindustrie sein werde.

Bericht von Hösch's über seinen Besuch bei Poincaré.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 12. Febr. Vorkorrespondent von Hösch hat über seine mit Poincaré geführten Besprechungen hier berichtet. Es wäre möglich, daß über den Inhalt seines Berichtes im Laufe des heutigen Tages eine halbamtliche Mitteilung erfolgen werde.

„Matin“ über den Besuch von Hösch's bei Poincaré.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 12. Febr. „Matin“ schreibt zu der gestrigen Unterredung zwischen Poincaré und dem deutschen Vorkorrespondent: Die deutsch-französischen Unterhaltungen könnten durch den Abschluß der Unterredung durch die von der Reparationskommission eingehenden Sachverständigen keinen politischen Wert erhalten.

Verständigung Englands mit Frankreich in der Pfalzfrage.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 12. Febr. Zu dem gestrigen Besuch des Herrn von Hösch wird noch gemeldet: Der deutsche Vorkorrespondent habe die Angelegenheit der Rheinpfalz nicht angeschnitten, weil Poin-

Der Thüringer Wahlaufakt.

Die Wahl in Thüringen ist unter einer ganz eigenartigen Konstellation vor sich gegangen: Der Angriff des Ordnungsblokes und einer davon gesonderten deutsch-böhmischen Liste richtet sich geschlossen gegen die sozialistische Regierung, hatte also eine überaus einfache und eindeutige, für das Bürgertum sehr beschlagkräftige Parole. Damit war von vornherein die stärkste Kusche für einen Erfolg gegeben und das Wahlergebnis bedeutet einen ganz außerordentlichen Sieg des Ordnungsblokes und der Deutschböhmen. Auf der andern Seite haben wir, wie vor kurzem bei den Gemeindevahlen in Sachsen, einen sehr starken Rückgang der Mehrheitssozialisten vor allem wohl zugunsten der Kommunisten.

Der Ordnungsblock bedeutete, wie von vornherein festgelegt war, nur ein wahltaktisches Zusammengehen und verpflichtet die darin vereinigten Parteien nicht zu einem künftigen Zusammengehen auch in der thüringischen Regierung. Immerhin wird hierfür durch das Zusammengehen bei den Wahlen ein starker moralischer Druck

caré ihm versichert, daß in Frankreich und England in dieser Frage eine definitive Verständigung erzielt worden sei.

Die technischen Besprechungen in der Kölner Eisenbahnfrage.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 12. Febr. Wie eine Düsselborfer Hochofenmeldung näher ausführt, sind die technischen Verhandlungen, die für heute zwischen Vertretern der französisch-belgischen Eisenbahnregie, den britischen Behörden und der Kölner Eisenbahndirektion eröffnet werden sollten, auf besonderen Wunsch der britischen Vertreter verschoben worden. Die britischen Vertreter haben erklärt, daß die deutschen Vertreter durch Konferenzen mit den Eisenbahnsachverständigen des ersten Expertekomitees in Berlin zurückgehalten seien und erst am kommenden Donnerstag sich frei machen können. Die französisch-belgische Regie hat indessen im Einvernehmen mit den britischen Behörden folgende Entschlüsse gefaßt: 1. Der Durchgangsverkehr der internationalen Schnellzüge durch Köln und Düren wird vom 11. Februar an wieder völlig ausgenommen. 2. Die Arbeiterzüge auf der Linie Köln-Gredenz werden bis nach Dehoven weiter geleitet. 3. Vom Donnerstag, den 14. Februar ab werden fünf Schnellzüge in der Richtung Mainz-Koblenz und umgekehrt verkehren. 4. Sobald die deutschen Behörden darum angekommen sind, wird die Regie drei Personenzüge auf der Strecke Köln-Siegburg sowie auch Güterzüge verkehren lassen.

Eine belgische Kaserne in Stekrode in die Luft geschoßen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 12. Febr. Wie dem „Journal“ aus Arefeld gemeldet wird, ist gestern Nacht in Stekrode eine Kaserne des 6. belgischen Infanterieregiments durch eine Pulverexplosion in die Luft geschoßen. In der Kaserne waren etwa 30 000 Patronen aufgespeichert. Die Soldaten konnten sich teilweise nur durch Springen aus den Fenstern in Sicherheit bringen.

Der Londoner Kabinettsrat verschoben.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
London, 12. Febr. Der für gestern angeordnete Kabinettsrat ist auf heute verschoben worden.

Hodgejon zum englischen Geschäftsträger in Moskau ernannt.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
London, 12. Febr. Laut Reuters ist die Ernennung von Hodgejon zum britischen Geschäftsträger in Moskau nunmehr offiziell erfolgt.

Abgeändertes holländisches Flottenprojekt

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
 Haag, 12. Febr. Die holländische Regierung, die seinerzeit wegen Abänderung eines Flottenprogramms zurücktreten beabsichtigte, schied sich an, dieses Vorschlag mit gewissen Abänderungen dem Parlament noch einmal vorzulegen. Die Regierung beabsichtigt nunmehr, einen sechsjährigen Bau von vier Schiffs-einrichtungen für Holländisch-Indien und ferner den Ankauf von sechs Flugzeugen, die in Holland selbst verwendet werden. Die gesamten Kosten werden auf ungefähr 8 300 000 holländische Gulden veranschlagt.

setzens der Wählermassen auch für ein demnächstiges Zusammengehen ausgeübt werden, andererseits wird die Mehrheitssozialdemokratie sich jetzt nach ihrer Niederlage nur schwer zu einer Koalition mit den Siegern bereit finden. Gewiß wird namentlich von den Demokraten der Gedanke der Großen Koalition für die zukünftige thüringische Regierung stark in den Vordergrund geschoben. Aber das würde bedeuten, daß ein Teil des Ordnungsblokes, nämlich die Deutschenationalen in die Opposition gedrängt würden, eine Opposition, die sich dann aus dieser Partei, den Deutschböhmen und den Kommunisten zusammensetzen und in ihrer Stärke nur um ein paar Stimmen hinter der Großen Koalition zurückbleiben würde, da die deutschnationalen Mandate fast die Hälfte der von dem Ordnungsblock eroberten Sitze ausmachen dürfte. Bei den schweren inneren Differenzen innerhalb der Großen Koalition gerade in Thüringen würde also eine wirklich kräftige Regierung nur von sämtlichen bürgerlichen Parteien, die Deutschböhmen eingeschlossen, sich bilden lassen.

Man könnte von dem Wahlergebnis in Thüringen vielleicht schon schließen auf das Ergebnis, das uns die Reichstagswahlen bringen werden. Natürlich sind

derartige Schlüsse genau so unsicher, wie die Stimmung der Masse unsicher ist und bleibt. Besonders deswegen muß man vorsichtig sein, weil bei den Reichstagswahlen nicht eine klare und eindeutige Wahlpole nach der einen oder der andern Seite vorliegt, wie das in Thüringen der Fall ist. Noch trennen uns vielleicht Monate von diesen Reichstagswahlen; freilich schwirren Gerüchte herum, die von einer baldigen Auflösung des Reichstages wissen wollen. Unter einer solchen Auflösung vor einem Wahlkampf würden aber alle Parteien gleichmäßig leiden. Ist eine selbst in das Hirn des einfachsten Mannes eindringende Wahlpole nicht vorhanden, so hängt der Erfolg des Wahlkampfes ganz und gar von der Agitation der Parteien ab, also von der Möglichkeit, namentlich durch Versammlungen auf die Wähler einzuwirken. Angesichts der finanziellen Notlage, in der sich seit Jahresfrist alle Parteien, die einen mehr, die andern weniger, befinden, ist die kostlose Arbeit, die der über freie Eisenbahnfahrt und Plätzen verfügende Reichstagsabgeordnete leisten kann, für alle Parteien ein außerordentlich wichtiges Moment und das läßt sich keine Partei gern entgehen. Überhaupt wird das Wahlergebnis noch schwerer prophezeibar sein, weil alle Beeinflussungsmöglichkeiten der Parteien auf die Wähler wegen ihres Geldmangels sehr stark eingeschränkt sind. Der Verketten der Zeitungen ist sehr stark zurückgegangen, die Kosten der Flugblätter, der Versammlungen, der Reisen, des Lebensunterhaltes der in der Agitation Tätigen sind so erheblich, daß man sich bei allen Parteien nur auf das Allernotwendigste wird beschränken müssen. Schon der letzte Landtagswahlkampf von 1921 zeigte einen starken Rückgang in der Stärke und Ausdehnung der Wahlagitation; seitdem sind die Organisationen der Parteien unter dem Druck der Inflation sehr stark zurückgegangen, teilweise ganz zusammengebrochen, so daß man über das Wahlergebnis eigentlich vollkommen im Dunkeln ist. Andere unwägbar Momente wie die radikalisierte Wirkung der Arbeitslosigkeit auf der einen, die Notlage der Landwirtschaft auf der andern Seite tragen ihr übriges zu dieser Unsicherheit noch bei.

„Das Volk spricht nur, wenn es in seiner Ganzheit spricht“, sagt einmal Lagarde, und diesmal — spricht's nicht in seiner Ganzheit.

Der Sieg des Ordnungsbundes.

Unter ungemein starker Wahlbeteiligung ist Sonntag über die künftige Zusammenfassung des Thüringer Landtags entschieden worden. Das Resultat war eine überaus starke Niederlage der Sozialdemokratie, welche der jetzigen sozialistischen Mehrheit im Landtag ein Ende bereitet. Wenn auch noch einige kleine Korrekturen das Wahlergebnis durch zurückgebliebene Einzelergebnisse sicher herausstellen können, so war doch Montag nachmittag der Ausgang klar zu überblicken. Man zählte 335 000 Stimmen für den Ordnungsbund, rund 200 000 sozialdemokratische Stimmen, 155 000 Kommunisten, 78 000 Böhmen, außerdem 5000 Unabhängige und 2000 Wirtschaftsbünd. Von den bisherigen 53 Mandaten werden voraussichtlich 25 auf den Ordnungsbund, 5 auf die Deutschböhmen, 12 auf die Sozialdemokraten und 11 auf die Kommunisten entfallen.

Die Sozialdemokratie hatte im alten Landtag allein 22 Sitze, von denen sie also 10 verliert. Die Kommunisten hatten im bisherigen Landtag sechs und die nichtsozialistischen Parteien 26 Mandate. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich etwa 85-90 Prozent.

Infolge der starken Wahlbeteiligung werden die Mandatszahlen sich im neuen Landtag stark vermehren, da auf 12 000 Wähler ein Abgeordneter entfällt. Nach einer als ziemlich genau aufzufassenden Berechnung werden Mandate erhalten: Ordnungsbund 32 Sitze, Böhmen 6 Sitze, Sozialdemokraten 15 Sitze, Kommunisten 12 Sitze.

Politische Rundschau

Verhaftung eines Ministerialsekretärs.

Dresden, 11. Febr. Der Sekretär Groß in dem Ministerium des Innern ist am Freitag verhaftet worden. Groß war früher im Polizeipräsidentium tätig und wurde vom verlassenen Minister Liebmann in das Ministerium des Innern, Abteilung Polizeiwesen, berufen. Aber die Gründe der Verhaftung verbleiben, daß Groß seit längerer Zeit Spionagedienste zugunsten der Kommunisten geleistet habe, indem er wichtige Aktenstücke, die durch seine Hände gingen, mit allen Einzelheiten abschrieb und sie seinen kommunistischen Auftraggebern zustellte, die dadurch über die internen Vorgänge im Landespolizeiwesen stets gut unterrichtet waren.

Strafverfahren gegen den politischen Staatsanwalt Hiller.

Leipzig, 11. Febr. Gegen den hiesigen politischen Staatsanwalt Hiller ist ein Strafverfahren wegen unbefugter Führung eines Titels eingeleitet worden. Die Untersuchung wird vom Oberstaatsanwalt persönlich geführt. In der Wohnung Hillers befand sich ein Schild mit dem Dokortitel. Hiller erklärt,